



Protokoll der außerordentlichen Sitzung des 82. Studierendenparlaments am 14.02.2025

Tagesordnung (wie unter 1b beschlossen):

1. **Begrüßung und Formalia**
 - a) Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
 - b) Beschluss der Tagesordnung
2. **Stellungnahme zu den Bundestagswahlen 2025**
3. **Verschiedenes**

Sitzungsort:

Hybrid in LMS 8, R.EG.017 und via Zoom, Abstimmung über VotesUP!

Zeitraum:

18:02 – 19:38 Uhr

Sitzungsleitung:

Kenan Bilen (Präsident)
Katrín Meyer (Vizepräsidentin)
Amelie Ohff (Vizepräsidentin)

Protokoll:

Mareike van Aken (Schriftführung)

Anwesende:

Campus Grüne: Kenan Bilen, Katrin Meyer, Max Härtel, Alexandra Schröder, Mia Henning (ab 19:08 Uhr)

LHG: Leon Neugebauer

Juso HSG: Amelie Ohff, Konstantin Braas, Elisabeth Gelfman, Ole Geberbauer

UDP: Daniel Mäckelmann, Lukas Drescher

Anwesende ohne Stimmrecht: Laura Falk, Fritz Herkenhoff, Yorik Hansen, Linus Warecka, Einhard Leichtfuß, Rosaly Pfeifer (ab 18:38 Uhr)

	<p>(1/8/2) Abstimmung über ÄA (offener Brief) zu 82-03aS-01</p> <p>Leon N. stellt den ÄA1 „Nein zur AfD und zur Zusammenarbeit mit extremistischen und radikalen Kräften“</p> <p>Linus W. erklärt, dass die Wortwahl „radikal“ durchaus positiv konnotiert sein kann und plädiert für eine Streichung des Wortes aus dem ÄA.</p> <p>Einhard L. stellt folgende redaktionelle Änderungsvorschläge:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. "Die AfD behauptet" - add Komma 2. "seperate" - "separate" 3. "ein Alleinstellungsmerkmal "use"—" instead of "," <p>Weiterer ÄA2 wird eingebracht „Nein zur AfD und zur Zusammenarbeit mit rechtspopulistischen Parteien“</p> <p>Der AStA-Vorstand befürwortet ein Abstimmen über beide ÄA.</p> <p>Elisabeth G. bringt weiteren redaktionellen Änderungsvorschlag ein: Im ersten Absatz wird am Ende von "dieser Partei" gesprochen, ohne vorher die Partei genannt zu haben. Änderungsvorschlag "als Direktkandidat des Wahlkreises ... für die AfD"</p>
	<p>(1/10/0) Abstimmung über ÄA1</p>
	<p>(3/7/1) Abstimmung über ÄA2</p> <p>Rosaly P. findet die Formulierung „krasser Widerspruch“ zu umgangssprachlich und nicht geeignet.</p> <p>Linus W. stellt den ÄA1 „Die Forderungen der Alternative für Deutschland stehen diesen Grundsätzen direkt und unvereinbar entgegen.“</p> <p>Leon N. bringt den ÄA2 ein „Die Forderungen der Alternative für Deutschland stehen diesen Grundsätzen diametral entgegen.“</p> <p>Amelie O. findet die Formulierung „krass“ nicht ungeeignet.</p>

		<p>Fritz nimmt den ÄA1 an. Leon N. zieht den ÄA2 zurück</p> <p>Rosaly P. möchte den Bezug zu dem Direktkandidaten nicht zu stark hervorheben. Er soll seine politische Haltung aus seiner Arbeit raushalten, weswegen die konkrete Anrede unangebracht wäre.</p> <p>Fritz H. erläutert, dass die Einbeziehung des Direktmandats nur der Herstellung des Hochschulbezugs dient. Durch diese eröffnet sich die weitere Stellungnahme gegen die AfD. Laura F. ergänzt, dass die Formulierung in enger Abstimmung mit dem Sportzentrum erfolgt ist und hier nicht zu viel geändert werden sollte, da sonst eine erneute Abstimmung nötig wäre. Es liege auch Fehlverhalten seitens der Person vor, hier gibt es allerdings zu wenige dokumentierte Berichte. Hier sollen entsprechende Vorfälle gesammelt werden, um diese in späteren Diskussionen mit einfließen zu lassen.</p> <p>Katrin M. bekräftigt die Vorwürfe bezüglich des Fehlverhaltens.</p> <p>Leon N. fragt nach vorhandenen expliziten Berichten. Katrin M. und Laura F. erwidern, dass diesbezüglich noch gesammelt wird. Aussagen hierzu können noch nicht getätigt werden.</p> <p>Kenan B. appelliert dafür, die Diskussion auf der Sachebene entlang der Stellungnahme zu führen und nicht über die konkrete Person zu reden.</p> <p>Einhard L. stellt den Änderungsantrag „Um das staatsbürgerliche Verantwortungsbewusstsein der Studierenden zu fördern und damit die freiheitliche Demokratie zu schützen, sehen wir es als wichtig an, dass sich die Studierendenschaft dazu äußert.“</p> <p>Laura F. und Fritz H. nehmen diesen an.</p> <p>(11/1/0) Abstimmung des Antrags 82-03aS-01: Stellungnahme zu den Bundestagswahlen 2025 in der geänderten Fassung</p>
3) Verschiedenes		<p>Lukas D. weist auf die nächste Sitzung des Hochschulausschusses am Donnerstag, den 06.03.2025 ab 17 Uhr in LMS 8 – R.EG.018 hin. Themen werden unter anderem die Stellungnahme zum Workload im Studium sowie eine Diskussion zu einem AfD-Parteiverbot sein.</p>

		<p>Daniel M. merkt an, dass die eben beschlossene Stellungnahme vielleicht über mehrere Kanäle verbreitet werden könnte. Der Stu-Info-Verteiler würde sich hier anbieten. Auch wird auf die Wahl der Mitglieder des Wahlausschusses hingewiesen. Diese werden auf der nächsten Sitzung am 10. März 2025 gewählt.</p> <p>Katrin M. weist nochmals auf die Petition zu den Verwaltungsgebühren hin. Zudem sind am 23.02.2025 Bundestagswahlen. Darüber hinaus finden Morgen und nächste Woche noch Demonstrationen gegen den Rechtsdruck statt.</p> <p>Die nächste Sitzung findet am Montag, den 10. März 2025 ab 18 Uhr in LMS 8 – R.EG.017 statt.</p> <p>Kenan B. schließt die Sitzung um 19:38 Uhr.</p>
--	--	---

Anhang

Änderungsantrag zum offenen Brief zu den bundespolitischen Entwicklungen

Antragsteller*innen:

Linus Warecka, Vanessa Wilkens und Gwydion Weber für die Fachschaft Geographie,
Marleen Sievers, Marisa von Lilienfeld und Clara Sigmund für die Hochschulgruppe Feministische Geographien,
Daniel Mäckelmann (UDP) und Yorik Hansen

Antragstext:

Das Studierendenparlament möge beschließen, die Stellungnahme des Antrages 82-03aS-01 folgendermaßen neu zu fassen:

Liebe [verschiedene Menschengruppen],

aufgrund der aktuellen politischen Situation sehen wir uns durch unser Gewissen und das Hochschulgesetz dazu verpflichtet, uns mit folgendem Aufruf an euch zu wenden:

Am 23. Februar ist Bundestagswahl. Bei dieser Wahl werden voraussichtlich wieder viele Rechtsextremist*innen über Listen der AfD einen Sitz im Parlament erhalten. Es ist längst bekannt, dass die AfD in der deutschen Politik für Wissenschaftsfeindlichkeit, Homophobie, Rassismus und soziale Ungerechtigkeit kämpft. Alle diese Dinge stehen unserem universitären Selbstverständnis direkt und unvereinbar entgegen.

Doch während sich der sogenannte "Rechtsruck" bisher in der schleichenden Übernahme vor allem ausländerfeindlicher und neuerdings auch queerfeindlicher AfD-Positionen durch die Parteien und Medien der Mitte äußerte, haben CDU, FDP und BSW am 29. Januar nun auch im Bundestag den Schulterschluss mit der AfD vollzogen. Entgegen eines noch im November von Friedrich Merz gegebenen Versprechens, so ein Abstimmungsverhalten nicht zu dulden, hat die CDU-Fraktion bei ihrem Antrag auf die Schließung der deutschen Grenzen und das bedingungslose Abweisen Schutzsuchender auf die Stimmen der AfD gesetzt und die selbsternannte "Brandmauer gegen die AfD" eingerissen.

Warum ist das für uns und euch relevant?

Endgültig auf den Campus gebracht wurde das Thema durch die Aufstellung eines hochrangigen CAU-Angestellten als Direktkandidaten der AfD in unserem Wahlkreis und den sich dagegen äußernden Widerstand. Kraus muss raus! Doch auch der Rest geht uns alle an: Viele unserer Mitstudierenden und Dozierenden sind Internationale oder geraten durch ihren Migrationshintergrund in das Fadenkreuz der AfD und ihrer Remigrationsfantasien. Auch ganze Wissenschaftszweige, wie die Geschlechterforschung, sind Feindbild der AfD und werden im Rahmen des antifeministischen und homophoben Weltbilds der Partei von ihr bekämpft. Aber selbst wenn Wissenschaften von der AfD geduldet werden, so werden spätestens ihre

Erkenntnisse, wie z.B. die der Klimaforschung, geleugnet und die Forschenden und Studierenden auf diesem Wege verhöhnt.

Deswegen rufen wir euch auf vor, am und auch nach dem 23. Februar für Grund- und Menschenrechte und gegen die faschistische Politik der AfD zu kämpfen! In der Wahlkabine, in der Uni und auf der Straße! Verteidigt unsere Universitäten als Raum der Völkerverständigung, der Gesellschaftskritik und der freien Lehre und Wissenschaft!

Die genaue Formulierung der Grußzeile bleibt offen und kann von den verschiedenen den Aufruf verbreitenden Stellen jeweils angepasst werden.

Antragsbegründung:

Die uns bisher bekannte Formulierung des Briefes ist zu lang, der Brief sollte kurz und knackig sein. Außerdem halten wir es für wichtig, auch die Parteien, die am 29.01. mit der AfD zusammengearbeitet haben, namentlich zu nennen.

Stellungnahme zu den Bundestagswahlen 2025

Antragstellerinnen: Laura Falk, Fritz Herkenhoff (Vorstand)

Antrag: Das Studierendenparlament möge die folgende Stellungnahme zu den Bundestagswahlen unterstützen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Die bevorstehende Bundestagswahl stellt eine richtungsweisende Entscheidung für die Zukunft Deutschlands dar. In Zeiten, in denen demokratische Grundwerte unter Druck geraten, ist es wichtiger denn je, sich klar für Demokratie, Vielfalt und Freiheit auszusprechen. Als Allgemeiner Studierendenausschuss (AStA) sehen wir es als unsere Verantwortung, für diese Werte einzutreten und jeglichen Versuchen, sie zu untergraben, entschieden entgegenzutreten. Auch aufgrund der Kandidatur einer an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU) arbeitenden Person als Direktkandidat für die Alternative für Deutschland (AfD) im Wahlkreis Altenholz/Kiel/Kronshagen sehen wir uns in der Pflicht, uns zu dieser Partei zu äußern.

Die Ereignisse der letzten Wochen haben gezeigt, dass es Parteien gibt, die sich in ihrer Arbeit nicht an den demokratischen Grundwerten und den Grund- und Menschenrechten orientieren. Ein besonders alarmierendes Beispiel ist der jüngste Antrag zum Asylrecht, der nicht nur die Rechte von Geflüchteten einschränkt, sondern auch die Sicherheit internationaler Studierender infrage stellt. Hinzukommt, dass jüdische Studierende in den letzten Jahren zunehmend ein Gefühl der Angst erlebt haben. Wenn politische Entscheidungen bewusst gegen Grundrechte getroffen werden und sich aus diskriminierenden Motiven speisen, ist es unsere Pflicht als Studierendenvertretung, dagegen zu protestieren.

Ein offener und inklusiver Campus ist für die Lehre und Wissenschaft wichtig. Der Austausch auf internationaler Ebene ist essenziell in einer global vernetzten Welt.

Unsere Universität bekennt sich mit ihrem Gründungsmotto *Pax optima rerum – Frieden ist das höchste Gut* – zu Demokratie, Weltoffenheit und Völkerverständigung. Die Forderungen der AfD stehen diesen Grundsätzen direkt und unvereinbar entgegen.

Um das staatsbürgerliche Verantwortungsbewusstsein der Studierenden zu fördern und damit die freiheitliche Demokratie zu schützen, sehen wir es als wichtig an, dass sich die Studierendenschaft dazu äußert. Parteien wie die Alternative für Deutschland stellen aus vielen Gründen eine Bedrohung für die Bildung und Wissenschaft in Deutschland dar. Hinzu kommt noch die Gefahr für die Demokratie. Eine Partei, welche bewusst Desinformationen verbreitet und nationalsozialistisches Unrecht relativiert, welches auch in der Vergangenheit der CAU eine große Rolle spielt und jüdische Universitätsmitglieder getroffen hat, hat kein Interesse am Erhalt der Demokratie. Für uns gilt auch weiterhin, dass wir uns klar gegen Antisemitismus positionieren.

Die Chancengleichheit im Hochschulzugang soll nach der AfD eingeschränkt werden. Bildung ist ein Grundrecht und darf nicht eingeschränkt werden. Mit „standardisierten Eignungstests und Aufnahmeprüfungen“ sollen Hochschulen Bewerbende auswählen. Die strengeren Zugangsbeschränkungen erschweren den Bildungsweg dann für sozial benachteiligte Gruppen.

Die AfD behauptet, sich für die Freiheit der Lehre und Forschung einzusetzen, während parallel die Abschaffung der Genderstudies gefordert wird. Die Rechte von queeren Menschen und deren Existenz sind weder zu leugnen noch abzusprechen. Weiterhin werden wissenschaftliche Erkenntnisse wie der Klimawandel geleugnet und als „ideologisch“ abgewertet.

Die CAU hat neben der zentralen Gleichstellungsbeauftragung auch für jede Fakultät separate gleichstellungsbeauftragte Personen - ein Alleinstellungsmerkmal – und fördert damit die Gleichstellung in Lehre, Forschung, Wissenschaft, Technik und Verwaltung, während die AfD die Abschaffung dieser fordert und sich damit offen gegen den Artikel 3 des Grundgesetzes positioniert.

Daher bekräftigen wir unsere klare Haltung:

Nein zur AfD und zur Zusammenarbeit mit rechten und extremistischen Parteien.

Wir appellieren an alle demokratischen Parteien, insbesondere unsere Vertreter*innen aus Schleswig-Holstein, sich ihrer Verantwortung bewusst zu sein und politische Entscheidungen stets auf Basis von Grund- und Menschenrechten zu treffen. Eine Partei, welche sich offen rassistisch, sexistisch und antidemokratisch äußert, ist, wie bereits das Studierendenparlament festgestellt hat, „keine Alternative, sondern der Rückwärtsgang in der Bildungspolitik“.

Stellungnahme zu den Bundestagswahlen 2025

Demokratie statt Spaltung: Warum die AfD keine Alternative ist

Die bevorstehende Bundestagswahl stellt eine richtungsweisende Entscheidung für die Zukunft Deutschlands dar. In Zeiten, in denen demokratische Grundwerte unter Druck geraten, ist es wichtiger denn je, sich klar für Demokratie, Vielfalt und Freiheit auszusprechen. Als Allgemeiner Studierendenausschuss (AStA), Studierendenparlament (StuPa) und Fachschaftsvertretungskonferenz (FVK) sehen wir es als unsere Pflicht, für diese Werte einzutreten, und jeglichen Versuchen, sie zu untergraben, entschieden entgegenzutreten. Auch vor dem Hintergrund, dass eine an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU) arbeitende Person als Direktkandidat für die Alternative für Deutschland (AfD) im Wahlkreis Altenholz/Kiel/Kronshagen antritt, sehen wir uns in der Pflicht, uns zu dieser Partei zu äußern.

Die Ereignisse der letzten Wochen haben gezeigt, dass es Parteien im Deutschen Bundestag gibt, die sich in ihrer Arbeit nicht an den demokratischen Grundwerten und den Grund- und Menschenrechten orientieren. Ein besonders alarmierendes Beispiel ist der jüngste Antrag zum Asylrecht, der nicht nur die Rechte von Geflüchteten einschränkt, sondern auch die Sicherheit internationaler Studierender infrage stellt. Hinzu kommt, dass jüdische Studierende seit einigen Jahren zunehmend ein Gefühl der Angst erleben. Wenn politische Entscheidungen bewusst gegen Grundrechte getroffen werden sich aus diskriminierenden Motiven speisen, ist es unsere Pflicht als Studierendenvertretung, dagegen zu protestieren.

Ein offener und inklusiver Campus ist für Lehre und Wissenschaft wichtig. Der Austausch auf internationaler Ebene ist essenziell in einer global vernetzten Welt.

Unsere Universität bekennt sich mit ihrem Gründungsmotto *Pax optima rerum – Frieden ist das höchste Gut* – zu Demokratie, Weltoffenheit und Völkerverständigung. Die Forderungen der AfD stehen diesen Grundsätzen direkt und unvereinbar entgegen.

Zur Förderung des staatsbürgerlichen Verantwortungsbewusstseins der Studierenden und zum Schutz unserer freiheitlichen Demokratie erachten wir es als wichtig, dass die Studierendenschaft Stellung dazu bezieht. Parteien wie die AfD stellen in vielerlei Hinsicht eine Bedrohung für Bildung und Wissenschaft in Deutschland dar. Hinzu kommt die Gefahr für die Demokratie. Eine Partei, welche bewusst Desinformationen verbreitet und nationalsozialistisches Unrecht relativiert, das auch in der Vergangenheit der CAU eine große Rolle spielt und jüdische Universitätsmitglieder getroffen hat, hat kein Interesse am Erhalt der Demokratie. Für uns gilt weiterhin, dass wir uns klar gegen Antisemitismus positionieren.

Die Chancengleichheit beim Zugang zur Hochschulbildung will die AfD einschränken. Nach dem Willen der AfD sollten Hochschulen Bewerbende mit „standardisierten Eignungstests und Aufnahmeprüfungen“ auswählen. Derart strengere Zugangsbeschränkungen erschweren den Bildungsweg für sozial benachteiligte Gruppen. Bildung ist ein Grundrecht und darf nicht eingeschränkt werden!

Die AfD behauptet, sich für die Freiheit von Lehre und Forschung einzusetzen, fordert aber parallel die Abschaffung der Genderstudies. Die Rechte von queeren Menschen und deren Existenz sind nicht in Frage zu stellen. Weiterhin leugnet die AfD wissenschaftliche Erkenntnisse wie den Klimawandel und wertet diese als „ideologisch“ ab.

Die CAU hat neben der zentralen Gleichstellungsbeauftragung und Diversitätsbeauftragung auch für jede Fakultät separate Beauftragungen für Gleichstellung und Diversität – ein Alleinstellungsmerkmal – und fördert damit die Gleichstellung und Diversität in Lehre, Forschung, Wissenschaft, Technik und Verwaltung. Die AfD hingegen fordert die Abschaffung dieser und positioniert sich damit offen gegen Artikel 3 des Grundgesetzes.

Daher bekräftigen wir unsere klare Haltung:

Nein zur AfD und zur Zusammenarbeit mit rechten und extremistischen Parteien.

Wir appellieren an alle demokratischen Parteien, insbesondere unsere Vertreter*innen aus Schleswig-Holstein, Studierende und alle Mitglieder dieser Universität sich ihrer Verantwortung bewusst zu sein und politische Entscheidungen stets auf Basis von Grund- und Menschenrechten zu treffen. Eine Partei, welche sich offen rassistisch, sexistisch und antidemokratisch äußert, ist, wie bereits das Studierendenparlament festgestellt hat, „keine Alternative, sondern der Rückwärtsgang in der Bildungspolitik“.